



Wassily Kandinski, Murnau - Kohlgruberstraße 1908

RRLEX | RUMPF RECHTSANWÄLTE

## NEWSLETTER

Nr. 2/3: FEBRUAR/MÄRZ 2021

### AUF EINEN BLICK

NACHRICHTEN AUS DER KANZLEI

..... Preis

ICC und Incoterms: Unzulässiger Gebrauch von Marken  
Wussten Sie eigentlich ...?

AKTUELLE NACHRICHTEN AUS  
POLITIK UND WIRTSCHAFT

..... Politik

Wirtschaftszahlen

GESETZGEBUNG

..... Kündigung des Istanbuler Übereinkommens zum  
Schutze der Frauen

Änderung von HGB und Mortgage-Gesetz

---

Lenzhalde 68 – D-70192 Stuttgart  
Tel: +49 (0) 711 / 997 977-0 – Tel: +49 (0) 711 / 997 977-20  
eMail: [info@rumpf-legal.com](mailto:info@rumpf-legal.com) – [www.rumpf-legal.com](http://www.rumpf-legal.com)

in Kooperation mit: Rumpf Consulting Danışmanlık Hizmetleri Ltd. Şti.  
Ömer Avni Mah. Meclisi Mebusan Cad. Molla Bayırı Sok. Karun Çıkmazı No: 1 Deniz Han Kat:2 Daire:10  
TR-34427 Kabataş – İstanbul - Tel. +90 212 243 76 30 – Fax +90 212 243 76 35  
[info@rumpf-consult.com](mailto:info@rumpf-consult.com) – [www.rumpf-consult.com](http://www.rumpf-consult.com)

Redaktion und künstlerische Beratung: Antonia Rumpf

Die Informationen in diesem Newsletter ersetzen nicht die anwaltliche Beratung.

## NACHRICHTEN AUS DER KANZLEI

### PREIS

Wir haben den Award Germany-Turkey Business Law - Law Firm of the Year in Germany - 2021 gewonnen, herausgegeben von GlobalLawExperts. So jedenfalls eine E-Mail-Benachrichtigung dieser kommerziellen Organisation. Bekanntgemacht wird dies allerdings nur gegen eine gewisse Gebühr, die je nach Aufwand unterschiedlich hoch ausfällt. Wir überlegen noch.

### ICC UND INCOTERMS™ - UNZULÄSSIGER GEBRAUCH VON MARKEN UND GESCHÜTZTEN BEGRIFFEN

In den letzten Jahren werden uns immer wieder Vertragstexte (insbesondere Vertraulichkeitserklärungen) vorgelegt, die wir als „NDA“ (Non-Disclosure Agreement), „NDCA“ oder „NDNCA“ (Non-Disclosure and -Circumvention Agreement) unterschreiben lassen sollen und welche das Logo der ICC (International Chamber of Commerce) enthalten. Rekordhalter ist ein von sieben Personen unterschriebenes NDNCA mit dem ICC-Logo, fünf weiteren Logos irgendwelcher Institutionen, die sich mit Wirtschaftskriminalität befassen, Nennung des FBI und von Interpol. Mit solchen Monster-Briefköpfen glauben die Autoren, ihren Vertragstexten mehr Gewicht oder Verbindlichkeit verschaffen zu können, offenbar unberaten von einschlägig kompetenten Anwaltskanzleien. Ich weise auf den link <https://iccwbo.org/copyright-and-trade-marks/> hin, aus welchem sich unmissverständlich ergibt, dass die Verwendung des Logos eine Markenverletzung darstellt, das Logo also ohne schriftliche Genehmigung der Organisation, die nur in Ausnahmefällen erteilt wird, nicht beliebig verwendet werden darf.

Die Verwendung des durch die ICC als Marke angemeldeten Begriffs „Incoterms™“ ist dagegen erlaubt, allerdings mit der Bedingung, dass bei Verwendung darauf hingewiesen wird, dass es sich um ein Klauselwerk der ICC handelt. Hier gilt nur, dass darauf zu achten ist, dass der Verwender sicherstellt, dass der Vertragspartner dieses Regelwerk kennt, also weiß, was zum Beispiel unter „EXW“ oder „DDP“ etc. gemeint ist. So sind uns in letzter Zeit hin und wieder Vertragstexte oder Angebote untergekommen, in denen chinesische Ware „EXW Hamburg“ geliefert werden soll. Auch wenn damit gemeint sein mag, dass der Käufer für die Strecke bis Hamburg weder Kosten noch Haftung zu übernehmen hat, ist die Verwendung dieser Abkürzung hier nicht angebracht. Dennoch wird im internationalen Handelsverkehr die Kenntnis unter Kaufleuten vorausgesetzt. In jedem Falle lohnt es sich, vor ihrer Verwendung sich die Bedeutung der einzelnen Klausel klarzumachen. Wir stellen insoweit eine über das Internet zugängliche Broschüre zur Verfügung (<https://www.rumpf-legal.com/downloads/Incoterms.pdf>); siehe auch <https://www.iccgermany.de/standards-incotermsr/incoterms/>).

Meist wird auch gleich in einer Klausel auf angebliche Guidelines der ICC hingewiesen, die dann mit Unterschrift unter das "NDA" oder "NDNCA" anwendbar werden sollen. Die ICC erlässt keine Guidelines, die in irgendeiner Weise eine Verbindlichkeit aufweisen könnten. Wer in Verträgen auf die Anwendbarkeit solcher Guidelines hinweist, muss dem Vertragspartner nicht nur konkret sagen, was er damit meint, sondern auch den Text solcher Guidelines zur Verfügung stellen. In Vertraulichkeitserklärungen auf solche Guidelines hinzuweisen macht keinen Sinn, weil es sie nicht gibt. Wir empfehlen, ganz einfach auf solche Hinweise zu verzichten und für eine eigene, schlüssige Formulierung solcher Texte, am besten mit anwaltlicher Unterstützung, zu sorgen.

WUSSTEN SIE EIGENTLICH...

... dass *Interpol* keine Behörde ist? Interpol ist eine durch Regierungen von mehr als 190 Staaten errichtete Organisation, welche der Unterstützung kriminalpolizeilicher Arbeit in den Mitgliedsstaaten dient. Sie beruht nicht, wie viele andere Organisationen, auf einem völkerrechtlichen Vertrag, sondern arbeitet wie ein Verein mit einer [Satzung](#). Die Aufnahme in dieser Organisation erfolgt nicht durch einen Beitritt, sondern auf Antrag aufgrund eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Die Organisation, deren Sitz in Lyon/Frankreich ist und die über verschiedene Büros in verschiedenen Regionen der Welt verfügt, hat keine eigenen Exekutiv- oder Regelungsbefugnisse. Am bekanntesten ist ihre Funktion, durch Ausstellung eines „roten Bulletins“ eine nationale Polizei international zu unterstützen. Entscheidet Interpol, über eine Person ein rotes Bulletin auszustellen, wird dieses an die Polizeien aller Mitgliedsstaaten bekanntgegeben. In der Regel liegt ihm ein nationaler Haftbefehl zugrunde. Ob dann eine aufgrund des Bulletins festgenommene Person auch tatsächlich an den Staat des Haftbefehls ausgeliefert oder einer Strafverfolgung im Festnahmestaat ausgesetzt wird, hängt wieder von den zwischen den Staaten bestehenden Vereinbarungen über die Auslieferung von Personen und den jeweiligen nationalen Vorschriften ab. In seltenen Fällen verweigert Interpol auch die Ausstellung eines roten Bulletins, etwa wenn erhebliche Zweifel am rechtsstaatsgemäßen Zustandekommen des Haftbefehls bestehen. Die Türkei hatte in letzter Zeit mit einer solchen Verweigerungshaltung zu kämpfen.

## AKTUELLE NACHRICHTEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

### POLITIK

Die Schlagzeilen werden derzeit von dem Skandal der Ernennung eines Rektors für die traditionsreiche und berühmte Bosphorus-Universität "von Erdoğan's Gnaden" bestimmt. Dem Rektor wird eine fehlende Qualifikation vorgeworfen, Studenten und Lehrkräfte gehen dagegen auf die Straße. Der Präsident hält die Demonstranten für Gegner der Demokratie, Lehrkräfte bezeichnet er als Aufwiegler.

Derzeit sinnieren führende Politiker der AKP und MHP über eine neue Verfassung nach - nach dem Vorbild der Verfassung von 1921. Möglicherweise liegt dem der Irrtum zugrunde, dass damals noch das Osmanische Reich bestand. Zwar gab es Sultan und Kalifen noch (streng überwacht von den Siegermächten nach dem 1. Weltkrieg), doch hatte Mustafa Kemal Pascha damals die Entwicklung zur Republik eingeläutet, indem er neben dem noch existierenden osmanischen Parlament ein Gegenparlament schuf, das alle Gewalten in seiner Hand hatte; parallel tobte bereits der Unabhängigkeitskrieg gegen Griechen und Italiener, welche die Küsten besetzt hielten. Der Sultan hatte nichts zu sagen, Atatürk selbst war damals noch nicht Präsident. Die Verfassung war vorläufig, theoretisch noch basierend auf der ersten osmanischen Verfassung von 1876/1909, von Historikern und Verfassungsrechtlern eingeordnet als Vorläufer der republikanischen Verfassung von 1924.

Ähnlich kritisch aufgenommen wurde der Plan der Regierung, ein Programm zur Implementierung der Menschenrechte in der Türkei zu erstellen. Die Forderung gegen diesen Plan lautet einfach nur: Haltet die Menschenrechte und die bestehende Verfassung ein, dann bedarf es keines solchen Programms.

Welches Gedankengut allerdings dahintersteckt, zeigt der spontane Austritt der Türkei aus dem Istanbuler Übereinkommen, mit welchem die Europaratsstaaten einen stärkeren Schutz von Frauen und Kindern in der Familie bezwecken (dazu unten).

#### WIRTSCHAFTSZAHLEN

*ENGLISH SUMMARY: After the Appointment of a new President of the Central Bank, Naci Ağbal, and a change of politics of the Bank, the Turkish Lira had remarkably gained value. Now, President Erdoğan, known of his "no interests politics", dismissed Ağbal. The Turkish Lira immediately crashed on the ground again.*

Nach einem zeitweisen Anstieg des Werts der TL, ist der Wert nach der überraschenden Entlassung des Zentralbankpräsidenten Naci Ağbal drastisch gesunken (26.3.2021: 1 USD = 8 TL, 1 Euro = 9,5 TL). Ağbal war der Anstieg des Wertes der TL zugeschrieben worden, nachdem er eine verschärfte Zinspolitik eingeführt hatte. Präsident Erdoğan passte diese Zinspolitik nicht. In einem Fernsehauftritt betonte Erdoğan, dass allein er für die Wirtschaftspolitik verantwortlich sei. Die Doppeldeutigkeit dieses Satzes ist nicht nur uns aufgefallen.

Quelle: [Bölgegündem](#); [finanzen.net](#)

## GESETZGEBUNG

### KÜNDIGUNG DES ISTANBULER ÜBEREINKOMMENS

*ENGLISH SUMMARY: On Saturday, 20<sup>th</sup> March 2021, a decision of the President was published in the Official Journal according to which the President “terminated” the Istanbul Convention ([Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence Against Women and Domestic Violence](#)). By this actions the AKP/MHP-Regime shows its reluctance against the international regime of human rights. The Minister of Family tried to justify the step with a law that had been issued in 2012 after the Istanbul Conference. The decision of the President has the form of an administrative act and is justified with a decree of the same President issued in 2018, which regulates the executive tasks and competences of the President in the ratification process. The original competence to take a decision on the ratification of an international agreement belongs to the Parliament, whereas the executive power has only the duty and the power to provide the execution of the agreement and transfer it into the Turkish legal system. Thus, international agreements obtain the status of statute law. Therefore, there is no doubt that the termination of a international agreement can only be expressed on the basis of a law passed by the Parliament.*

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt war am 1.8.2014 im Anschluss an eine in Istanbul abgehaltene Konferenz in Kraft getreten. Am 21.3.2021 erklärte der türkische Präsident den Austritt.

Die Aktion des türkischen Präsidenten ist in vieler Hinsicht unverständlich.

Zunächst einmal sendete diese Entscheidung des Präsidenten ein verheerendes Signal an die internationale Gemeinschaft aus. Zwar ist die Möglichkeit des Austritts durch das Übereinkommen ausdrücklich vorgesehen, doch wird die präsidentiale Entscheidung als Ausdruck einer frauenfeindlichen Politik gesehen, zumal die Türkei für die Häufigkeit brutaler Frauenmorde und die schwachen Reaktionen der Justiz hierauf bekannt ist.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, dass der Beschluss des Präsidenten an einem Samstag im Amtsblatt bekanntgemacht wurde, und zwar ganz am Ende einer Liste von 34 eher unbedeutenden Beschlüssen, nach dem Prinzip “vielleicht merkt es ja keiner”.

Hinzu kommt, dass der Beschluss des Präsidenten recht eindeutig gegen die türkische Verfassung verstößt.

Der Beschluss selbst ([Amtsblatt v. 20.3.2021](#)) ist ein Verwaltungsakt, der vor dem Staatsrat angefochten werden kann. Als Ermächtigungsgrundlage wird eine Präsidialverordnung ([Amtsblatt v. 15.7.2018](#)) angegeben, also eine Verordnung, mit welcher sich der Präsident selbst ermächtigt hat, völkerrechtliche Verträge zu ratifizieren und zu „kündigen“ (fesih).

Gemäß Art. 90 der türkischen Verfassung steht die Regierung (nach der Reform 2017: der Präsident) am Ende des Ratifizierungsprozesses. Völkerrechtliche Verträge werden durch das Parlament „genehmigt“ (onay) und die Regierung (nach der Reform 2017: der Präsident) mit der Durchführung beauftragt. Mit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses, dem dann der völkervertragliche Text angehängt wird, ist der Ratifizierungsprozess abgeschlossen und die Umsetzung in türkisches Recht erfolgt. Ab diesem Moment haben völkerrechtliche Abkommen Gesetzeskraft.

Die Verfassungswidrigkeit ergibt sich aus zwei Aspekten.

Der eine Aspekt ist, dass schon vor der Reform von 2017 durch Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, deren Nachfolge die Präsidialverordnungen gewissermaßen angetreten haben, mit solchen Dekreten keine völkerrechtlichen Verträge ratifiziert, geändert oder gekündigt werden dürfen.

Der nächste Aspekt ist, dass der Präsident sich zwar auf eine Präsidialverordnung beruft, der Beschluss selbst aber nur einen Verwaltungsakt darstellt. Mit einem solchen Verwaltungsakt darf und kann kein Austritt aus einem völkerrechtlichen Vertrag erklärt werden.

Ein dritter Aspekt ist, dass der Präsident gegen seine eigene Präsidialverordnung verstößt. Die regelt nämlich nur die verwaltungsrechtliche Seite des Ratifizierungsprozesses, also das, was die Regierung bzw. der Präsident zu tun haben, wenn das Parlament einem völkerrechtlichen Vertrag zugestimmt hat. Die Kündigung eines völkerrechtlichen Vertrages ist genauso allein Sache des Parlaments wie die Zustimmung.

Für der türkischen Sprache mächtige Leser empfehlen wir die Ausführungen des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Kemal Gözler zu diesem Komplex ([Befugnis des Präsidenten zur Kündigung völkerrechtlicher Verträge?](#)).

Die Familienministerin rechtfertigt diesen Schritt mit der Aussage, man habe ja im türkischen Gesetzesrecht genügend Regelungen zum Schutze von Frau und Familie. Das ist prinzipiell insoweit nicht ganz falsch, als der Gesetzgeber nach der Zeichnung des Abkommens und vor dessen Inkrafttreten mit [Gesetz Nr. 6284 v. 8.3.2012](#) ein entsprechendes Gesetz erlassen hatte. Andererseits hat dieses Gesetz offenkundig nur wenig bewirkt, wie die statistischen Zahlen zur Gewalt gegen Frauen und innerhalb der Familie in der Türkei zeigen. Insbesondere wird immer wieder beklagt, dass die Behörden schutzsuchende Frauen immer wieder abweisen und im Gegenzug Menschen, die sich für den Schutz von Frauen einsetzen, ohne Folgen als Terroristen beschimpft werden. Fast alle Morde von Frauen gehen auf das Konto von aktuellen und

ehemaligen Ehemännern, Lebensgefährten und anderen männlichen Mitgliedern der Familie (Quelle: [listelist.com](https://listelist.com))

#### ÄNDERUNG VON HGB UND MORTGAGE-GESETZ

*ENGLISH SUMMARY: With Law No. 7263 of 29<sup>th</sup> January 2021, the Parliament rolled back a regulation according to which signatories of companies had to appear in person to establish the signature sheet showing their power of attorney. This had caused problems, especially as foreign officials were not to face travelling from abroad just to put their signature in front of the registry officer. The suggestion of our law-firm in May 2020 to sign in front of the Turkish Consul General in the respective country was rejected by the consulates as they would not have the function of a commercial registry. Therefore, the law turned back to the previous practice, adding the possibility to reach the signature sheet in electronically. Another Article of this package law provides that a mortgage cannot only put on the entity of a company, but also on certain categories of its assets, e.g. "on all immovables".*

Im Rahmen des Paketgesetzes [Nr. 7263 v. 28.1.2021](#), in Kraft gesetzt am 3.2.2021, wurden auch einige Änderungen vorgenommen, welche für ausländische Investoren von Interesse sind.

Türkische Behörden dürfen zum Nachweis der Vertretungsbefugnisse von Gesellschaftsorganen keine Unterschriftszirkulare oder sonstige Dokumente verlangen, sondern müssen sich mit einem aktuellen Handelsregisterauszug begnügen. Die einschlägigen Informationen werden im [Handelsregisterblatt](#) bekannt gemacht, das öffentlich einsehbar ist. Die Regelung gilt auch für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen.

Andererseits war, wie bereits berichtet, angeordnet worden, dass die Zeichnungsberechtigten ihre Unterschriften vor dem Handelsregister zu leisten hätten. Das hatte vor allem bei ausländischen Organvertretern für erhebliche Irritationen gesorgt. Mit der neuen Regelung wurde von diesem bürokratischen Aufwand wieder Abstand genommen.

Eine weitere Regelung betrifft das Unternehmenspfandrecht. Ein solches Pfandrecht kann jetzt auch an einem zu definierenden Teilvermögen - z.B. „allen Grundstücken“ - bestellt werden.

Das Paketgesetz enthält noch zahlreiche weitere Änderungen zu verschiedenen Gesetzen, wie etwa zu den Technologieparks und der elektronischen Signatur.